

Sachstandsbericht:

Ergebnis der Prüfung eines erweiterten Einsatzes von Open Source Software in der Landeskirche der EKM

Technische Aspekte

- Da die Server im Landeskirchenamt bereits soweit möglich mit Open Source Betriebssystemen laufen und eine generelle Umstellung der Arbeitsplätze im Landeskirchenamt auf Open Source Software nicht möglich ist (die Programme für Liegenschafts- und Finanzverwaltung setzen das Betriebssystem Windows voraus), bleibt als Möglichkeit eines weiteren Einsatzes von Open Source allein die Ablösung der bisherigen Bürosoftware Microsoft Office durch ein Open Source Pendant.
- Um diese Frage zu prüfen, wurde vom Landeskirchenamt ein mit der Materie vertrauter IT-Berater¹ konsultiert, der die Kommunalverwaltungen in München und Freiburg im Breisgau bei ihren Projekten zur Umstellung auf Open Office begleitet(e). Wohl wissend, dass die Umstellung auf Open Office in Freiburg im Breisgau drei Jahre (2007-2010) in Anspruch nahm, während das in 2004 initiierte Projekt in München immer noch nicht abgeschlossen ist, wurden mit dem Berater die folgenden Themenkomplexe besprochen:
 - Umstellungsaufwand, Schulungsbedarf
 - Lizenzkosten
 - Umstellung vorhandener Vorlagen und Makros
 - Kompatibilität zwischen Microsoft Office und Open Office
 - weitere Entwicklung bei den Entwicklungszweigen Openoffice/Libreoffice

Ergebnis der zweistündigen Konsultation war, dass eine Umstellung von MS Office auf Open Office im Landeskirchenamt technisch grundsätzlich machbar ist. Am Beispiel der Projekte in München und Freiburg wurde aber auch deutlich, dass die Frage der technischen Machbarkeit nicht das einzige und ausschlaggebende Kriterium für die Einführung von Open Office sein kann.

Organisatorische Aspekte

- Wegen der hohen kommunikativen Verflechtung des Landeskirchenamts mit Kirchenkreisen, Gemeinden, Diensten, Einrichtungen und Werken müsste eine Umstellung auf Open Office perspektivisch mindestens die Mittlere Ebene einbeziehen. Nur so könnten Probleme, die beim Austausch von Dokumenten mit verschiedenen Dateiformaten auftreten, von vornherein vermieden werden.
- Allein die Umstellung des Landeskirchenamtes von MS Office zu Open Office würde, so die Einschätzung des von uns konsultierten externen Beraters, für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr umfangreiche interne Personalressourcen aus dem Sachgebiet IT sowie aus allen von der Umstellung betroffenen Dezernaten und Referaten beanspruchen. Hinzu käme ein noch nicht konkret abzuschätzender Aufwand an Unterstützung durch externe Dienstleister.
- Von einer Umstellung auf Open Office betroffen wären alle Mitarbeitenden, die PC oder Notebook als Arbeitsmittel nutzen. Die Mitarbeitenden müssten intensiv in der Anwendung der neuen

¹ Es handelt sich hierbei um den IT-Berater Jörg Schmidt aus Rehfelde.

Software geschult werden, die sich insbesondere in der sprachlichen Bezeichnung von Funktionen und Menüs und Befehlen merklich von den gewohnten Office-Produkten unterscheidet. Ferner wäre über die Schulungen hinaus für einen längeren Übergangszeitraum eine intensive Betreuung und Unterstützung der AnwenderInnen erforderlich, da erfahrungsgemäß viele Fragen erst im Echtbetrieb von Open Office auftauchen.

- Das Bundesverwaltungsamt, das zum Thema freie Software ein eigenes Kompetenzzentrum² eingerichtet hat, sieht in der Akzeptanz auf Seiten der AnwenderInnen den erfolgskritischen Faktor für die Einführung freier Software. Diese Akzeptanz kann vor dem Hintergrund dessen, dass nach der erfolgreich vollzogenen „äußeren“ Fusion zweier Landeskirchen unser Landeskirchenamt mit hohem Einsatz an der Verwirklichung der „inneren“ Fusion arbeitet, momentan nicht vorausgesetzt werden. Eine mögliche Gefährdung des bisher erreichten Konsolidierungsstandes durch ein ohne zwingende Gründe initiiertes Großprojekt zur Einführung von Open Office wäre weder gegenüber Kirchenkreisen und Gemeinden noch gegenüber den kirchenleitenden Organen zu verantworten.

Fazit: Im Sinne der hier zusammengefassten Argumente kam das Kollegium des Landeskirchenamtes in seiner Sitzung vom 16.10.2012 zu dem übereinstimmenden Ergebnis, dass der Anregung, den Einsatz freier Software auf Open Office auszuweiten, auf der Ebene der Landeskirche derzeit nicht nachgekommen werden kann. Dies geschieht in der festen Überzeugung, dass es nicht an anderen geeigneten Themen und Gelegenheiten mangelt, das Engagement unserer Kirche für ein nachhaltiges Wirtschaften überzeugend zur Geltung zu bringen.

Erfurt, 18.10.2012

Dezernat A, Referat Steuerung und Planung

Dezernat A, Referat Zentrale Verwaltung, Sachgebiet IT

² <http://www.oss.bund.de/>